

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1979

Ausgegeben am 25. September 1979

136. Stück

- | | |
|-------------|---|
| 394. | Verordnung: Bestimmung des Straßenverlaufes der A 20 Wiener Gürtel Autobahn im Bereich der Stadt Wien |
| 395. | Verordnung: Bestimmung des Straßenverlaufes der S 16 Arlberg Schnellstraße im Bereich der Gemeinde Pettneu am Arlberg |
| 396. | Verordnung: Bestimmung des Straßenverlaufes der B 134 Wallerner Straße im Bereich der Gemeinden Wallern an der Trattnach und Pichl bei Wels |
| 397. | Verordnung: 5. Bundesrechenamtsverordnung |
| 398. | Verordnung: Erhebung der Weinernte 1979 |
| 399. | Verordnung: Änderung der Verordnung betreffend die Führung von Verwendungsbezeichnungen |
| 400. | Verordnung: Änderung der Verordnung über die Studienordnung für die Studienrichtung Wirtschaftsingenieurwesen — Bauwesen |
| 401. | Kundmachung: Bezeichnung, Abkürzung der Bezeichnung und Emblem der Internationalen Organisation für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elektrotechnischen Industrie „INTERELEKTRO“ |

394. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 29. August 1979 betreffend die Bestimmung des Straßenverlaufes der A 20 Wiener Gürtel Autobahn im Bereich der Stadt Wien

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 239/1975 und 294/1978 wird verordnet:

Der Straßenverlauf eines Abschnittes der A 20 Wiener Gürtel Autobahn wird im Bereich der Stadt Wien wie folgt bestimmt:

Die neu herzustellende Straßentrasse beginnt im Bereich der Anschlußstelle Brigittenau mit Zu- und Abfahrten an die B 10 Budapester Straße (Handelskai), führt sodann über die 5. Donaubrücke zum Knoten Donaupark und endet mit Zu- und Abfahrtsstraßen an die künftige A 22 Donauufer Autobahn.

Im einzelnen ist der Verlauf der Straßentrasse aus den beim Bundesministerium für Bauten und Technik sowie beim Magistrat der Stadt Wien aufliegenden Planunterlagen (Übersichtsplan im Maßstab 1 : 2 000) zu ersehen.

§ 15 Bundesstraßengesetz 1971 findet auf den vorangeführten Straßenabschnitt Anwendung. Die Grenzen des Bundesstraßenbaugebietes sind den aufliegenden Planunterlagen zu entnehmen.

Moser

395. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 27. August 1979 betreffend die Bestimmung des Straßenverlaufes der S 16 Arlberg Schnellstraße im Bereich der Gemeinde Pettneu am Arlberg

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 239/1975 und 294/1978 wird verordnet:

Der Straßenverlauf eines Abschnittes der S 16 Arlberg Schnellstraße wird im Bereich der Gemeinde Pettneu am Arlberg wie folgt bestimmt:

Die neu herzustellende Straßentrasse beginnt bei Bau-km 14,0 des mit Verordnung vom 26. November 1976, BGBl. Nr. 651, bestimmten Straßenabschnittes und endet nach der Anschlußstelle Pettneu am Arlberg mit ihren Zu- und Abfahrtsstraßen bei Bau-km 15,95 an dem mit Verordnung vom 26. Juli 1973, BGBl. Nr. 410, festgelegten anschließenden Abschnitt.

Im einzelnen ist der Verlauf der Straßentrasse sowie der Anschlußstelle Pettneu am Arlberg mit ihren Zu- und Abfahrtsstraßen aus der beim Bundesministerium für Bauten und Technik, beim Amt der Tiroler Landesregierung sowie bei der Gemeinde Pettneu am Arlberg aufliegenden Planunterlage (Plannummer S 2 750 a im Maßstab 1 : 1 000) zu ersehen.

§ 15 Bundesstraßengesetz 1971 findet auf den vorangeführten Straßenabschnitt Anwendung. Die Grenzen des Bundesstraßenbaugebietes sind den aufliegenden Planunterlagen zu entnehmen.

Durch diese Verordnung wird die Verordnung vom 26. November 1976, BGBl. Nr. 651, betreffend die Bestimmung des Straßenverlaufes des Abschnittes „Flirsch—St. Jakob (KG. Pettneu)“ der S 16 Arlberg Schnellstraße von Bau-km 14,0 bis Bau-km 15,95 abgeändert.

Moser

396. Verordnung des Bundesministers für Bauten und Technik vom 3. September 1979 betreffend die Bestimmung des Straßenverlaufes der B 134 Wallerner Straße im Bereich der Gemeinden Wallern an der Trattnach und Pichl bei Wels

Auf Grund des § 4 Abs. 1 des Bundesstraßengesetzes 1971, BGBl. Nr. 286, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 239/1975 und 294/1978 wird verordnet:

Der Straßenverlauf eines Abschnittes der B 134 Wallerner Straße wird im Bereich der Gemeinden Wallern an der Trattnach und Pichl bei Wels wie folgt bestimmt:

Die neu herzustellende Straßentrasse beginnt bei km 11,6 (alt) im Knoten „Schallerbach“ mit Anbindungen an die bestehende B 137 Innviertler Straße, führt sodann östlich der Ortschaften Winkeln, Malling, Unterthambach und Geisenheim in Richtung Süden und bindet über die mit Verordnung vom 15. November 1974, BGBl. Nr. 694, im Verlauf bestimmte Anschlußstelle „Pichl“ in die A 8 Innkreis Autobahn ein.

Im einzelnen ist der Verlauf der Straßentrasse einschließlich der Rampen im Bereich des Knotens „Schallerbach“ aus den beim Bundesministerium für Bauten und Technik, beim Amt der Oberösterreichischen Landesregierung sowie bei den Gemeinden Wallern an der Trattnach sowie Pichl bei Wels aufliegenden Planunterlagen (Katastermaßstab 1 : 2 880) zu ersehen.

§ 15 Bundesstraßengesetz 1971 findet auf den vorangeführten Straßenabschnitt Anwendung. Die Grenzen des Bundesstraßenbaugebietes sind den aufliegenden Planunterlagen zu entnehmen.

Moser

397. Verordnung des Bundesministers für Finanzen vom 4. September 1979 betreffend die Durchführung des Bundesrechenamtsgesetzes im Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen (5. Bundesrechenamtsverordnung)

Auf Grund des § 3 Abs. 1 Z. 6 und der §§ 4, 5 und 8 Abs. 1 des Bundesrechenamtsgesetzes, BGBl. Nr. 123/1978, hinsichtlich des § 3 Abs. 1 Z. 6 und der §§ 4 und 5 dieses Gesetzes auch im Einvernehmen mit dem Rechnungshof, wird verordnet:

§ 1. Das Bundesrechenamt übernimmt im Wirkungsbereich des Bundesministeriums für Finanzen

1. die im § 2 Abs. 1 Z. 1 und 7 des Bundesrechenamtsgesetzes genannten Aufgaben,
2. die Mitwirkung bei der Berechnung und die Zahlbarstellung der Geldleistungen für Bedienstete, deren Dienstverhältnis durch das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch vom 1. Juni 1811, JGS Nr. 946, geregelt wird, sowie die im Sinne des § 2 Abs. 1 Z. 7 des Bundesrechenamtsgesetzes hiefür zu besorgenden Aufgaben,
3. die Mitwirkung bei der Berechnung und die Zahlbarstellung von Entschädigungen für Nebentätigkeiten
 - a) für Vortragende und Prüfungskommissäre an der Bundesfinanz- und an der Bundes-Zoll- und Zollwachschule,
 - b) für Gutachter im Rahmen der Real-schätzungsordnung, RGBL. Nr. 175/1897,
 - c) für Saisonheizer.

§ 2. Die Verordnung tritt mit 1. Oktober 1979 in Kraft.

Androsch

398. Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft und des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 7. September 1979 über eine Erhebung der Weinernte 1979

Auf Grund des § 2 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes 1965, BGBl. Nr. 91, wird — hinsichtlich der landwirtschaftlichen Betriebe und Winzergenossenschaften durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, hinsichtlich der Großhandels- und Verarbeitungsbetriebe durch den Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie, bezüglich des § 6 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen — verordnet:

§ 1. (1) Das Österreichische Statistische Zentralamt hat im Jahre 1979 eine Erhebung der Weinernte, der Weinvorräte und des Weinlagerraumes durchzuführen.

(2) Stichtag für diese Erhebung ist der 30. November 1979.

§ 2. (1) Gegenstand der Erhebung der Weinernte ist die gesamte aus eigener Fehsung erzeugte Menge an Vollwein und Traubenmost, an Haustrunk und Direktträgerwein sowie an verkaufter Traubenmaische und verkauften Trauben.

(2) Gegenstand der Erhebung der Weinvorräte sind sämtliche am Stichtag gelagerten Mengen an Wein in landwirtschaftlichen Betrieben, in Winzergenossenschaften sowie in Großhandels- und Verarbeitungsbetrieben, aufgegliedert nach Trink-, Verarbeitungs- und versetztem Wein. Als Weinvorräte sind nicht zu erheben sämtliche aus eigener Fehsung erzeugten Mengen an Wein der Weinernte 1979.

(3) Gegenstand der Erhebung des Weinlager- raumes ist die Lagerkapazität (gesamter Lager- raum) in landwirtschaftlichen Betrieben, Winzer- genossenschaften, Großhandels- und Verarbei- tungsbetrieben, aufgegliedert nach Fässern, Tanks, Zisternen und Flaschen.

§ 3. Zur Auskunftserteilung sind verpflichtet:

- a) bei der Erhebung der Weinernte, der Wein- vorräte und des Weinlagerraumes land- wirtschaftlicher Betriebe die Bewirtschafter (Eigentümer, Pächter, Nutznießer) von Weingartenflächen oder deren Beauftragte, ohne Rücksicht auf die Größe der Fläche;
- b) bei der Erhebung der Weinvorräte und des Weinlagerraumes der Winzergenossen- schaften, der Großhandels- und der Verar- beitungsbetriebe die Betriebsinhaber oder mit Handlungsvollmacht ausgestattete Per- sonen der Betriebsleitung.

§ 4. Die gemäß § 3 lit. a zur Auskunft- erteilung verpflichteten Personen haben die ihnen von ihrer Wohnsitzgemeinde zur Verfügung gestellten Betriebsbogen in der Zeit vom 4. bis 11. Dezember 1979 auszufüllen und dieser Gemeinde zurückzustellen. Die Betriebsbogen und die Urschrift des Gemeindeblattes verbleiben bei der Gemeinde, welche diese Unterlagen zwei Jahre aufzubewahren hat. Die gemäß § 3 lit. b zur Auskunftserteilung Verpflichteten haben die ihnen vom Österreichischen Statistischen Zen- tralamt zur Verfügung gestellten Betriebsbogen bis spätestens 15. Jänner 1980 auszufüllen und an das Österreichische Statistische Zentrallamt rückzumitteln.

§ 5. (1) Die Gemeinden — ausgenommen die Städte mit eigenem Statut — haben die Summen- hilfslisten und die Reinschriften der Gemeinde- blätter bis 31. Dezember 1979 den Bezirks- hauptmannschaften vorzulegen.

(2) Die Bezirkshauptmannschaften und die Magistrate der Städte mit eigenem Statut haben die Summenhilfslisten und die Reinschriften der

Gemeindeblätter bis 10. Jänner 1980 an das Österreichische Statistische Zentrallamt weiterzu- leiten.

§ 6. Den Gemeinden ist eine Abfindung für die ihnen bei der Mitwirkung an den Erhebungen entstehenden Kosten in der Höhe von S 4,50 je ausgefülltem Betriebsbogen zu gewähren.

Haiden

Staribacher

399. Verordnung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten vom 6. Septem- ber 1979, mit der die Verordnung betreffend die Führung von Verwendungsbezeichnungen geändert wird

Auf Grund des § 97 Abs. 3 des Beamten- Dienstrechtsgesetzes, BGBl. Nr. 329/1977, wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung des Bundesministers für Aus- wärtige Angelegenheiten vom 4. April 1978, BGBl. Nr. 187, betreffend die Führung von Ver- wendungsbezeichnungen, wird wie folgt geändert:

Im § 2 sind nach den Worten „der Direktor der Diplomatischen Akademie“ die Worte „der Leiter des Kabinetts des Bundesministers, sofern er Beamter der Dienstklasse VIII ist,“ einzu- fügen.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit 1. Oktober 1979 in Kraft.

Pahr

400. Verordnung des Bundesministers für Wissenschaft und Forschung vom 7. Septem- ber 1979, mit der die Verordnung über die Studienordnung für die Studienrichtung Wirtschaftsingenieurwesen — Bauwesen ge- ändert wird

Auf Grund der §§ 1 bis 11 und 18 bis 21 des Bundesgesetzes vom 10. Juli 1969, BGBl. Nr. 290, über technische Studienrichtungen, zuletzt ge- ändert durch BGBl. Nr. 84/1978, in Verbindung mit dem Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz, BGBl. Nr. 177/1966, in der Fassung des Bundes- gesetzes BGBl. Nr. 561/1978, wird verordnet:

Artikel I

Die Verordnung über die Studienordnung für die Studienrichtung Wirtschaftsingenieurwesen — Bauwesen vom 7. April 1971, BGBl. Nr. 183, in der Fassung BGBl. Nr. 342/1972 wird wie folgt geändert:

Der § 1 hat zu lauten:

„Die Studienrichtung Wirtschaftsingenieurwe- sen — Bauwesen ist an der Technischen Universi- tät Graz unter Bedachtnahme auf die im § 1 des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes genann- ten Grundsätze und Ziele einzurichten.“

Artikel II

An der Universität Innsbruck sind die für die Studienrichtung Wirtschaftsingenieurwesen — Bauwesen vorgesehenen Lehrveranstaltungen und Prüfungen des ersten Studienabschnittes bis einschließlich Sommersemester 1982 durchzuführen; die Lehrveranstaltungen und Prüfungen des

zweiten Studienabschnittes sind bis einschließlich Sommersemester 1987 durchzuführen.

Artikel III

Diese Verordnung tritt mit 1. Oktober 1979 in Kraft.

Firnberg

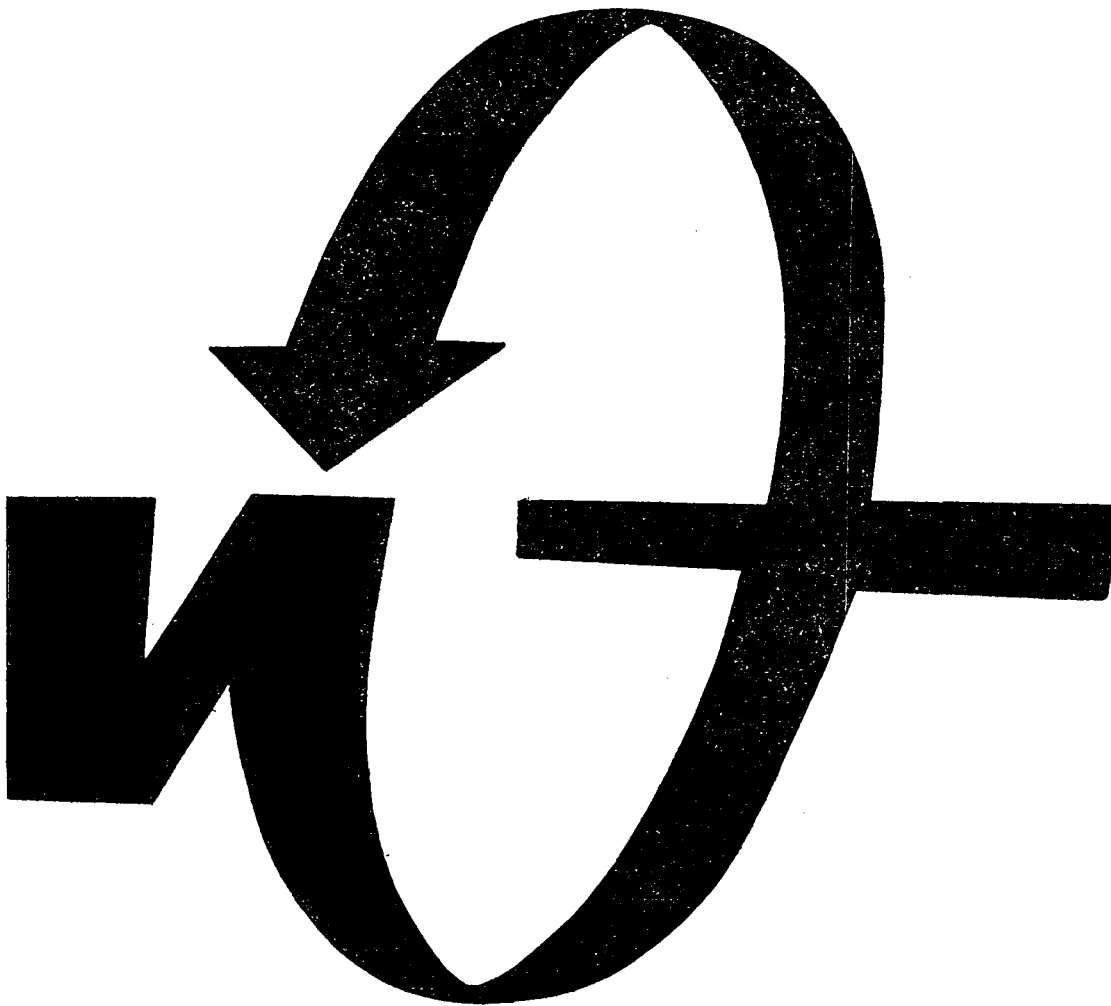
401. Kundmachung des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie vom 4. Juli 1979 betreffend die Bezeichnung, die Abkürzung der Bezeichnung und das Emblem der Internationalen Organisation für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elektrotechnischen Industrie „INTERELEKTRO“

Auf Grund des § 4 Abs. 1 Z. 1 lit. c des Markenschutzgesetzes 1970, BGBl. Nr. 260, in der Fassung der Markenschutzgesetz-Novelle 1977, BGBl. Nr. 350, wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten kundgemacht, daß die in der Anlage angeführte Bezeichnung (in zehn Sprachen), die Abkürzung der Bezeichnung und das Emblem der Internationalen Organisation für ökonomische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der elektrotechnischen Industrie „INTERELEKTRO“ von der Registrierung nach dem Markenschutzgesetz ausgeschlossen sind. /.

Staribacher

Anlage

a) Emblem



	b) Bezeichnung	c) Abkürzung der Bezeichnung
Deutsch	INTERNATIONALE ORGANISATION FÜR ÖKONOMISCHE UND WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE ZUSAMMENARBEIT AUF DEM GEBIET DER ELEKTRO-TECHNISCHEN INDUSTRIE „INTER-ELEKTRO“	INTERELEKTRO
Bulgarisch	МЕЖДУНАРОДНА ОРГАНИЗАЦИЯ ЗА ИКОНОМИЧЕСКО И НАУЧНО-ТЕХНИЧЕСКО СЪТРУДНИЧЕСТВО В ОБЛАСТТА НА ЕЛЕКТРОТЕХНИЧЕСКАТА ПРОМИШЛЕННОСТ „ИНТЕРЕЛЕКТРО“	ИНТЕРЕЛЕКТРО
Ungarisch	„INTERELEKTRO“ NEMZETKÖZI VILAMOSIPARI GAZDASÁGI ÉS MŰSZAKI-TUDOMÁNYOS EGYÜTT-MŰKÖDÉSI SZERVEZET	INTERELEKTRO
Polnisch	MIĘDZYJARODOWA ORGANIZACJA WSPÓŁPRACY GOSPODARCZEJ I NAUKOWO-TECHNICZNEJ W DZIEDZINIE PRZEMYSŁU ELEKTROTECHNICZNEGO „INTERELEKTRO“	INTERELEKTRO
Rumänisch	ORGANIZAȚIA INTERNAȚIONALĂ PENTRU COLABORAREA ECONOMICĂ ȘI TEHNICO-ȘTIINȚIFICĂ ÎN DOMENIUL INDUSTRIEI ELECTROTEHNICE „INTERELECTRO“	INTERELECTRO
Russisch	МЕЖДУНАРОДНАЯ ОРГАНИЗАЦИЯ ПО ЭКОНОМИЧЕСКОМУ И НАУЧНО-ТЕХНИЧЕСКОМУ СОТРУДНИЧЕСТВУ В ОБЛАСТИ ЭЛЕКТРОТЕХНИЧЕСКОЙ ПРОМЫШЛЕННОСТИ «ИНТЕРЭЛЕКТРО»	ИНТЕРЭЛЕКТРО
Tschechisch	MEZINÁRODNÍ ORGANIZACE PRO HOSPODÁŘSKOU A VĚDECKO-TECHNICKOU SPOLUPRÁCI V OBLASTI ELEKTROTECHNICKÉHO PRŮMYSLU „INTERELEKTRO“	INTERELEKTRO
Serbokroatisch	MEDJUNARODNA ORGANIZACIJA ZA EKONOMSKU I NAUČNO-TEHNIČKU SARADNJU NA PODRUČJU ELEKTROTEHNIČKE INDUSTRIJE «INTER-ELEKTRO»	INTERELEKTRO
Englisch	INTERNATIONAL ORGANIZATION FOR ECONOMIC, SCIENTIFIC AND TECHNICAL COOPERATION IN THE FIELD OF THE ELECTROTECHNICAL INDUSTRY “INTERELECTRO”	INTERELECTRO
Französisch	ORGANISATION INTERNATIONALE POUR LA COOPERATION ECONOMIQUE, SCIENTIFIQUE ET TECHNIQUE DANS LE DOMAINE DE L'INDUSTRIE ELECTROTECHNIQUE «INTERELECTRO»	INTERELECTRO



AMTLICHE SAMMLUNG

WIEDERVERLAUTBARER ÖSTERREICHISCHER RECHTSVORSCHRIFTEN

Folgende Hefte sind lagernd:

1945: Heft 3: Vergnügungssteuergesetz für Wien.... S 1— 1949: Heft 3: Wuchergesetz 1949 S 1— 1950: Heft 2/3: Verwaltungsverfahren — Agrarverfahrens-Gesetz S 15— Heft 4: Wiedereinstellungsgesetz 1950..... S 4— Heft 5: Epidemiegesetz 1950..... S 7— 1951: Heft 1: Agrarbehördengesetz 1950 S 2— Heft 3: Paßgesetz 1951 S 6— Heft 4: Kraftloserklärungsgesetz 1951 S 4— Heft 9: Suchtgiftgesetz 1951 S 4— Heft 10: Giftgesetz 1951 S 6— 1952: Heft 2: Lebensmittelbewirtschaftungs- gesetz 1952 S 7— Heft 3: Feuerschutzsteuergesetz 1952 S 4— 1953: Heft 8: Sozialversicherungs-Überleitungs- gesetz 1953 — SV-ÜG. 1953 S 28— Heft 9: Verwaltergesetz 1952 S 7— 1956: Heft 2: Milchwirtschaftsgesetz 1956..... S 7:50 Heft 3: Getreidewirtschaftsgesetz 1956 S 6:50 Heft 4: Viehverkehrsgesetz 1956 S 6:50 1957: Heft 6: Rechtsvorschriften auf dem Gebiete des Kriegsoferversorgungswesens ... S 26— Heft 7: Feiertagsruhegesetz 1957 S 8— 1959: Heft 1: Arbeiterurlaubsgesetz 1959 S 2:80 Heft 3: Wasserrechtsgesetz 1959 — WRG. 1959. S 50— 1961: Heft 1: Heimarbeitsgesetz 1960 S 62—	1962: Heft 4: Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962 (GEG. 1962) S 10— Heft 5: Gerichts- und Justizverwaltungsge- bührengesetz 1962 (GJGebGes. 1962). S 40— 1964: Heft 1: Hebammengesetz 1963 S 12— Heft 2: Mühlengesetz 1963 S 14— 1965: Heft 1: Verwaltungsgerichtshofgesetz 1965 — VwGG. 1965 S 26— 1970: Heft 5: Musterschutzgesetz 1970 S 18— 1971: Heft 1: Bundespräsidentenwahlgesetz 1971..... S 22— 1972: Heft 1: Bundesgesetz über das Bundesgesetz- blatt 1972 S 12— 1973: Heft 1: Volksabstimmungsgesetz 1972 S 30— Heft 2: Volksbegehrengesetz 1973 S 28— Heft 3: Wählerevidenzgesetz 1973 S 30— 1975: Heft 1: Strafprozeßordnung 1975 (StPO) S 88— 1977: Heft 1: Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977 (AlVG) S 44— 1978: Heft 1: Wehrgesetz 1978 S 65— 1979: Heft 1: Mutterschutzgesetz 1979 — MSchG .. S 50— Heft 2: Bundesgesetz über die Förderung poli- tischer Bildungsarbeit und Publizistik . S 35— Heft 3: Presseförderungsgesetz 1979 S 30—
--	--

Zu beziehen in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung
Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), Tel. 72 61 51, und durch alle Buchhandlungen